

Nach dem Streik

Objektyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Jahrbuch für Solothurnische Geschichte**

Band (Jahr): **66 (1993)**

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

4 Nach dem Streik

4.1 Das Ende der Bally-Gewerkschaft

Der Bally-Streik gehört zu den bedeutendsten sozialen Konflikten, welche die Region zu Beginn des Jahrhunderts erschüttert haben. Die Weltfirma Bally musste während dreier Wochen eine rund fünfzigprozentige Reduktion ihrer Produktionskraft hinnehmen, und dies in einer Zeit hektischer Konjunktur. An der Direktionssitzung vom 11. Mai wurde beschlossen, eine genaue Kostenberechnung zu erstellen, und man beauftragte den Sekretär der Solothurner Handelskammer, *Dr. P. Reinhard*, die Streikereignisse aus der Sicht der Firma ausführlich darzustellen. Auf eine Publikation dieser Streikbroschüre wurde dann aber im Hinblick auf die zu erwartende Gegendarstellung des Gewerkschaftsbundes verzichtet.¹

Wenige Tage vor Streikabbruch kehrte der Juniorchef *Iwan Bally* von seiner Reise in die USA zurück und nahm mit Erleichterung vom Ausgang des Arbeitskonflikts Kenntnis.² Er hatte allen Grund zur Freude, war doch das 1907 zu einer Aktiengesellschaft umgewandelte Familienunternehmen seit der Jahrhundertwende in einem Prozess der Umstrukturierung und Veränderung begriffen. Während seines Aufenthaltes in Amerika hatte Iwan Bally neue Methoden der Betriebsrationalisierung studiert. Obwohl die Einführung der «wissenschaftlichen Betriebsorganisation» nach dem Vorbild *Frederick W. Taylors* und *Hugo Münsterbergs* erst kurz vor dem Ersten Weltkrieg einsetzte, waren dem Bally-Management einige Leitbegriffe des «Scientific Management» schon vorher nicht fremd und fanden besonders in der Errichtung des Fabrikneubaus in Dottikon ihren Niederschlag. Diese Rationalisierungen wären undenkbar gewesen, hätte die Direktion bei ihren innovativen Entscheiden auf eine Gewerkschaft Rücksicht nehmen müssen. Die «Aufklärungsarbeit» unter der Arbeiterschaft und die Abwehr «sozialistischen Ideengutes» gehörte ebenso zu dieser Rationalisierungspolitik wie die Projektierung und

Betätigung vor und stiess sich besonders an seiner Funktion als Präses der Arbeiterinnenvereine. Bald wurden ihm auch erotische Abenteuer unterschoben, was dann zur Intervention des bischöflichen Ordinariats führte (*P. Heim*, op. cit. S. 174).

⁸⁴ Aargauer Nachrichten 1907 April 22.

¹ *Archiv Bally Schuhfabriken*, Direktionsprotokolle, S. 11 (1907 Mai 11.) und Priv.-Korr. 1907 August 5. – Der Entwurf einer solchen Gegendarstellung aus gewerkschaftlicher Sicht befindet sich in den Akten im *Archiv des SGB*, G 107/7.

² *Archiv Bally Museumsstiftung*, Geschichte der C.F. Bally AG I, fol. 122.

Realisierung von neuen Anlagen oder Reorganisationsmassnahmen im Betrieb.³ Es war also weit mehr als eine Frage des Prestiges, was die Firma veranlasste, im Kampf gegen die gewerkschaftliche Organisation alle Hebel in Bewegung zu setzen. Trotz der Beteuerungen, man habe gegen die Wahrnehmung des Vereinsrechts durch die Arbeiter nichts einzuwenden, dachte das Bally-Management nie daran, sich mit der Existenz einer freien Gewerkschaft abzufinden. Dazu war ein explizites Verbot nicht einmal nötig – es gab genug andere Möglichkeiten, gewerkschaftliche Tätigkeit unmöglich zu machen.

Das Streikkomitee und die Gewerkschaft standen nach dem Abbruch des Kampfes vor einem Scherbenhaufen. Durch die Aussperrung von 81 Streikenden sah sich der Schuhfabrikarbeitsverband seiner führenden Köpfe beraubt, konnten diese doch gemäss der Statuten nicht länger Mitglieder sein.⁴ Andererseits wirkte das Fiasko auf die Bally-Arbeiter und -Arbeiterinnen, von denen sich noch vor Monatsfrist rund ein Drittel zu der Gewerkschaft bekannt hatte, entsolidarisierend. Hatten sich schon auf die generelle Kündigung vom 25. April auch Organisierte und sogar Streikende wieder zur Arbeit gemeldet, so liefen der Gewerkschaft die Mitglieder jetzt scharenweise davon.⁵ Einer der Streikteilnehmer, der sich gegenüber dem Streikkomitee zu einer Konventionalstrafe von 50 Franken verpflichtet hatte für den Fall, dass er den Streik brechen sollte, ersuchte die Firma gar um Rechtsbeistand, damit er die Summe nicht bezahlen musste.⁶ Am 27. Mai gelangte die Mutter einer streikentlassenen Arbeiterin an den «geehrten Herrn Bally» und bat ihn inständig darum, ihre Tochter von der «Schwarzen Liste» zu streichen:

³ R. Jaun, *Management und Arbeiterschaft*, S. 202–211.

⁴ Nach den Angaben des SGB handelte es sich dabei insgesamt um 40 Familienväter mit zusammen 76 Kindern (Neue Freie Zeitung 1907 Mai 14.). 76 der Entlassenen hatten im Durchschnitt etwas mehr als 8 Jahre bei Bally gearbeitet (*Archiv SGB*, G 107/7). Die Namen der Streikentlassenen lassen sich anhand der Lohnstatistik der Mechanischen Schusterei Schönenwerd von 1907 zum Teil ermitteln. Wenn man alle Namen zusammenzählt, bei denen die Lohnzahlungen im April 1907 aussetzen und die mit dem Vermerk «fort» versehen sind, kommt man auf 28 Entlassene, darunter drei Frauen. Die Mehrzahl der Entlassenen wies eine recht hohen durchschnittlichen Tageslohn auf; der höchste liegt bei Fr. 7.58, der Durchschnittswert bei Fr. 4.77 (*Archiv Bally Schuhfabriken*, Lohnstatistik 1907).

⁵ An der 1.-Mai-Feier in Schönenwerd nahmen nur die streikenden Mitglieder des Schuhmacherverbandes teil, die Massen der Ballyaner blieben zu Hause (Schweiz. Schuhmacherfachblatt 6/1907 (Juni)).

⁶ *Archiv Bally Schuhfabriken*, Priv.-Korr., Bally an Dr. Rob. Schöpfer, Solothurn, 1907 August 1.

⁷ *Archiv Bally Schuhfabriken*, Priv.-Korr. von 1907 Mai 27.

⁸ Schweizerisches Schuhmacherfachblatt 6/1907 (Juni).

«...jeden Tag, wenn ich die Arbeiter sehe heimkommen, die während dem Streik die ärgsten Schimpfnamen ausgestossen und andere noch aufgestachelt, und trotz allem Gnade gefunden und wieder Arbeit haben konnten, während meine Tochter Ida, die niemanden aufgestachelt noch sonst etwas Unrechtes begangen, auf die Liste kam... Ich bekenne Ihnen offen, dass ich ordentlich in Aufregung gerate, wenn ich die Freundin meiner Tochter, Lina Haller, sehe, trotzdem sie eigentlich die Ursache war, dass Ida überhaupt dem Arbeiterverein beigetreten ist, und die zudem, so wie ihr Bruder, arg geschimpft, und ich bedaure nur Herrn Obermeister Maritz, dass er eine solche Heuchlerin nicht besser durchschaut...»⁷

Trotz der Niederlage gab sich das «Schuhmacherfachblatt» zuversichtlich: die Arbeiterschaft sei durch den Streik kritisch und selbständig geworden.⁸ Allein das obige Zitat, das sich durch analoge Beispiel ergänzen liesse, zeigt, dass sich die Kritik der Arbeiter nicht in der von den Gewerkschaftern erwünschten Weise auswirkte. Mochte man beim Zentralkomitee des Schweizerischen Schuhmacherverbandes in Winterthur einige Zeit lang geglaubt haben, durch den Streik dem langersehnten Ziel, nämlich in das Königreich Bally einzudringen, unverhofft nahegekommen zu sein, so machte sich hier bald erneute Resignation breit. Vorerst führte man den Kampf zwar noch weiter und verhängte die Sperre über die Schuhfabrik Bally. Zugunsten der ausgesperrten Gewerkschafter wurde eine Sammelaktion veranstaltet, wodurch eine Summe von insgesamt 3293.57 Franken zusammenkam.⁹ Der «Schuhfabrikarbeitsverband Schönenwerd und Umgebung» lud auf den 24. November 1907 noch einmal zu einer ausserordentlichen Generalversammlung nach Niedererlinsbach, dann aber hörte man nichts mehr von der Gewerkschaft.¹⁰ Das «Schuhmacherfachblatt» gestand zum Jahreswechsel ein, es sei

⁹ Schweizerisches Schuhmacherfachblatt 6, 7/1907. – Für die Niederämter Ortsparteien scheint die Unterstützung der Streikenden bisweilen eine heikle Angelegenheit gewesen zu sein. Der Grütliverein Lostorf beschloss, «... mit dem Einzug zuzuwarten bis auf weiteres». (*Archiv der SP Lostorf*, Prot. Grütliverein 1907 Mai 25.) In den Protokollbüchern mancher Sektionen wird der Streik mit keinem Wort erwähnt.

¹⁰ Lokalanzeiger 1907 November 21. Traktandiert waren die Wahl des Vorstandes und ein Referat. Die «Neue Freie Zeitung» erwähnt die Versammlung mit keinem Wort. Es scheint, dass man mit der erfolglosen Gewerkschaft nichts mehr zu tun haben wollte. August Kamber führte an der Parteiversammlung in Olten am 25. November aus, von den Schuhfabrikarbeitern in Olten und Schönenwerd sei gar nichts zu erwarten, und im Januar 1908 distanzierte sich der Präsident der Oltner Eisenbahnerunion ausdrücklich vom Bally-Streik, für welchen ihn das «Oltner Tagblatt» verantwortlich machte (*Neue Freie Zeitung* 1907 November 26. und 1908 Januar 28.).

«hauptsächlich die Arbeiterschaft des Königreichs Bally, die uns bittere Enttäuschung brachte», und im Protokoll der Delegiertenversammlung vom April 1908 in Olten ist von der Schönenwerder Sektion ebensowenig mehr die Rede wie von den Streikereignissen überhaupt.¹¹ Von seiten der Firma setzte man alles daran, jede gewerkschaftliche Regung, die den Namen verdiente, im Keim zu ersticken. Die Direktion weigerte sich strikte, Arbeiter oder Arbeiterinnen, die sich am Streik beteiligt hatten und auf der Liste der Ausgesperrten vermerkt waren, vor Ablauf einer Frist von drei Jahren wieder einzustellen.¹² Auch später wurde dieser repressive Kurs beibehalten: Einem Angestellten wurde im Juli 1909 die Gratifikation gestrichen, «da er in seinen Ansichten und Ideen anderen gegenüber einen ziemlich <roten> Standpunkt ungeniert einnimmt».¹³ Im September wusste die «Neue Freie Zeitung» zu berichten, ein Atelierchef habe ein Mädchen, das während der Arbeit geschwätzt habe, durch eine Kartonschachtel von seinen Kolleginnen isoliert, was den Protest der Arbeiterinnen hervorgerufen habe.¹⁴ Gegen weitere Streikfälle sicherte sich die Firma besonders mit Hilfe des Verbandes Schweizerischer Schuhindustrieller, der 1911 ein Streikreglement erliess.¹⁵ Auch in den folgenden Jahren wies die sozialdemokratische Presse immer wieder auf das fehlende Koalitionsrecht der Ballyaner hin.¹⁶ Erst nach dem Ersten Weltkrieg durfte der Oltner Fürsprecher *Adrian von Arx* eine freisinnige Bally-Gewerkschaft gründen, die aber nie eine besondere Rolle gespielt hat.¹⁷ So konnte Eduard Bally denn mit Genugtuung feststellen:

«Der Ausgang des Streikes 1907 sicherte lange Jahre die Ruhe im Betrieb und brachte den zahlreichen, namentlich älteren Arbeitern, welche den so ganz vom Zaune gerissenen, unberechtigten Streik sehr bedauerten, endlich die ersehnte Beruhigung und Sicherung ihrer Zukunft».¹⁸

4.2 Die Motion Fürholz im Kantonsrat

Noch während dem Streik, am 29. April 1907, reichte der Sozialdemokrat *Wilhelm Fürholz* im Solothurner Kantonsrat eine Motion

¹¹ Schweizerisches Schuhmacherfachblatt 1/1908 (Jan.); Protokoll der Delegiertenversammlung des Schweiz. Schuhmacherverbandes vom 18. April 1908 in Olten. S. 50 f. Ein Aufruf des Genossen Simon aus Nürnberg, die ganze Agitation auf das Königreich Bally zu richten, stiess auf keinerlei Echo.

¹² *Archiv Bally Schuhfabriken*, Direktionsprotokolle, S. 28, 1907 Oktober 25.

¹³ Ebenda, Protokoll des Privatrapportes, S. 131, 1909 Juli 23.

¹⁴ Neue Freie Zeitung 1909 September 21.

¹⁵ Neue Freie Zeitung 1911 März 25.

betreffend «Schutz des verfassungsmässigen Vereinsrechtes der Arbeiter gegenüber den Unternehmern» ein mit dem folgenden Wortlaut:

«Der Regierungsrat wird eingeladen, die Frage zu untersuchen, ob dem Staate Mittel und Wege zu Gebote stehen und eventuell welche, um die Unternehmer zu verhindern, den Arbeitern die Ausübung des verfassungsmässig garantierten Vereinsrechtes zu verunmöglichen.»¹⁹

Anlass zu dem Vorstoss war neben den Ereignissen in Schönenwerd ein Anstellungsvertrag gewesen, der es der Belegschaft der Uhrenfabrik Langendorf verbot, einem Arbeiterverein anzugehören. In seiner Begründung stützte sich Fürholz auf den Artikel 56 der Bundesverfassung und den Artikel 12 der solothurnischen Kantonsverfassung. Die Vereinsfreiheit stehe bloss auf dem Papier, solange es den Unternehmern möglich sei, Gewerkschaften zu unterlaufen (wie im Falle Bally) oder völlig zu verbieten, wie es in Langendorf geschehen sei. Insbesondere geisselte der Motionär die Taktik der «schwarzen Listen». Er untermauerte seine Darlegungen mit dem Hinweis auf entsprechende gesetzliche Regelungen im Ausland und zitierte eine Reihe von namhaften Autoren, darunter den deutschen Sozialpolitiker Friedrich Naumann und sogar den amerikanischen Stahlmagnaten Andrew Carnegie. Der Redner schloss mit dem Hinweis, dass die Unternehmer eigentlich ein Interesse an der Existenz von freien Gewerkschaften haben müssten, würden diese doch einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden leisten.

In seiner ausführlichen Antwort führte Regierungsrat *Kaiser* aus, dass die Verfassung das Vereinsrecht nur gegenüber dem Staat, nicht aber gegenüber den Eingriffen Privater schütze, und empfahl dem Rat, die Motion aus formalen Gründen zurückzuweisen. Zu der Frage, ob eine Ausdehnung des Schutzes der Vereinsfreiheit materiell gerechtfertigt sei oder nicht, nahm die Regierung nicht Stellung.

¹⁶ Neue Freie Zeitung 1909 Januar 5. und 1912 Mai 10., vgl. auch Protokoll des Lederarbeiter-Verbandskongresses 1910, S. 13.

¹⁷ Am 27. Juni 1912 nahm die «Neue Freie Zeitung» mit Freude zur Kenntnis, dass Bally seinen Arbeitern das Koalitionsrecht zugestehen wolle. Als aber der Lederarbeiterverband Olten Ende 1918 im Königreich Bally Fuss fassen wollte, wurde ihrem Delegierten das Wort verweigert. Statt dessen erfolgte unter dem Patronat von Adrian III. von Arx am 29. Dezember 1918 die Gründung einer freisinnigen Arbeiterorganisation, die von der «Neuen Freien Zeitung» sogleich als «gelbe Gewerkschaft» denunziert wurde (Oltner Nachrichten 1919 Januar 4. und Neue Freie Zeitung 1919 Januar 6.).

¹⁸ *Archiv Bally Museumsstiftung*, Geschichte der C.F. Bally AG II, 1308.

¹⁹ Verhandlungen des Kantonsrates von Solothurn 1908 Februar 20.

In der anschliessenden sozialpolitischen Debatte ging der freisinnige Fürsprecher *Robert Schöpfer* erwartungsgemäss über die regierungsrätliche Argumentation hinaus, indem er auf die Gefahr einer Verletzung der Handels- und Gewerbefreiheit hinwies. Er bejahe zwar grundsätzlich das Koalitionsrecht der Arbeiter; dieses habe aber dort seine Grenze, wo es um die Existenz einer Firma gehe. Die Arbeiterorganisationen in Langendorf und Schönenwerd bezeichnete er als «unerlaubt, unsittlich und geradezu terroristisch».²⁰

Differenzierter fiel das Votum des Oltner Fürsprechers *Adrian von Arx* aus, obwohl auch er als Anwalt im Dienste der Bally in dieser Sache nicht unparteilich war. Er lehnte dementsprechend die Motion ebenfalls klar ab und zeigte Verständnis für die Arbeitgeber, die sich gegen die Organisationen der Arbeiterschaft wehrten, habe diese doch von der Organisation bis jetzt nicht immer den besten Gebrauch gemacht. Durch die Gewerkschaften werde der Leistungswille der Arbeiter häufig untergraben und Disharmonie in die Betriebe hineingetragen. Dennoch rief er die Unternehmer dazu auf, aus freien Stücken das Vereinsrecht ihrer Arbeiter zu respektieren, denn nur durch die Koalition könne der Arbeiter seine Interessen gegenüber dem Patron, der ihm mit seinem Kapital und seiner Bildung überlegen sei, wirksam vertreten. Die Organisationen der Arbeiter dürften allerdings nicht blosse Lohnaufbesserungen anstreben, sondern sollten Mitverantwortung für das Wohl des Unternehmens tragen. So sollte, gemäss den Vorstellungen Friedrich Naumanns, der Arbeiter von einem Industrieuntertan zu einem Industriebürger werden. «Zu diesem Behufe müssen neue Massstäbe für die Zumessung des Lohnes und die übrigen Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die der Gerechtigkeit mehr entsprechen als die heutigen.» Dies könne, so betonte der Redner, durchaus im Kontakt mit den Berufsverbänden der Arbeiter geschehen, und er verwies dabei auf das Beispiel der privaten englischen Eisenbahngesellschaften. «Alle Fragen des Dienstes, alle Möglichkeiten, Verbesserungen im Betrieb zu erzielen, werden gemeinschaftlich beraten, auch die Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit und Arbeitsentgelt. Kömmt es zu Meinungsverschiedenheiten, so bestehen Vermittlungsämter in zwei Instanzen, beide aus den Arbeitern und den Unternehmern gemischt.» Das zu erreichen, brauche es die Verstaatli-

²⁰ Da es damals bei Parlamentariern noch nicht üblich war, Interessenbildungen offen zu legen, verzichtete Schöpfer darauf hinzuweisen, dass er die Firma Bally während und nach dem Streik juristisch beraten und vor Obergericht sogar vertreten hatte. Später gehörte er dem Bally-Verwaltungsrat an (*Archiv Bally Schuhfabriken*, Priv.-Korr. 1907, passim und Berichte des Verwaltungsrates 1916/17).

²¹ S. unten, Kap. 5.1.

chung der Betriebsmittel, welche die Sozialdemokratie anstrebe, nicht.

Solche Worte waren mit den Thesen Taylors, die man bei Bally zur Zeit prüfte,²¹ keineswegs unvereinbar, und auch bei den Sozialdemokraten kamen sie – wenigstens damals noch – gut an. So bezeichnete Fürholz Adrian von Arx, verglichen mit Schöpfer, als «den reinsten Engel». Als der jüngere Adrian von Arx dann aber später daran ging, die Arbeiterschaft in den Schoss der herrschenden Partei zurückzuführen, erblickten die Sozialdemokraten in der freisinnigen Arbeiterbewegung nichts anderes als eine «gelbe Gewerkschaft» und beschimpften Adrian III. von Arx als «Sozialhalunken».²²

Ein einziger Freisinniger stimmte für die Motion, der Oltner Lehrer *Johann von Burg*. Von der Fraktion der Volkspartei, die in ihrem Parteiprogramm immerhin das «uneingeschränkte berufliche Vereinigungsrecht der Arbeiter» forderte, meldete sich niemand zu Wort, und so wurde die Motion mit grosser Mehrheit verworfen. Auch der Bericht über die Debatte, der zwei Tage darauf im VP-Organ «Oltner Nachrichten» erschien, enthielt sich jeder Stellungnahme. Auch hier gab nun offenbar der konservative Flügel der Volkspartei wieder den Ton an.²³

4.3 Zum Schicksal der Ausgesperrten: Marginalisierung, Reintegration oder Auswanderung

Wenn von seiten der Firma Bally die Existenz von sogenannten «Schwarzen Listen», also von Verzeichnissen der Ausgesperrten, die man an die Mitglieder des Schuhindustriellenverbandes verschickte, immer bestritten wurde, so entspricht dies durchaus der Wahrheit: die Lisen waren tatsächlich nicht schwarz, sie waren blau.²⁴ Ihre Wirkung dürfte indessen dieselbe gewesen sein; Streikentlassene hatten über Jahre hinweg kaum Aussicht, wieder in einer Schuhfabrik unterzukommen. Der Zwicker Ernst Roth, dessen Entlassung den Streik aufgelöst hatte, musste sich mit einer Stelle im Bahnhof Aarau

²² Über Adrian von Arx und seine freisinnige Arbeiterbewegung sind die Meinungen kontrovers. Während *E. Meyer* und *A. Wyser* in ihm einen wahren Humanisten erblicken, der in einem dauernden Spannungsverhältnis zu seiner Partei gelebt habe, apostrophiert ihn *E. Gruner* als «wirkungsvollsten Hintermann der Gelben, der versucht habe, sich «als Erbe Sulzer-Zieglers zum Mittelpunkt einer gesamtschweizerischen freisinnigen Arbeiterbewegung zu machen» (Olten 1798 bis 1991, S. 171f.; Arbeiterschaft und Wirtschaft 2, S. 834f.). – *Archiv SMUV*, Akten MAV Olten 1913 Februar 27.

²³ Oltner Nachrichten 1908 Februar 22. Gleich neben dem Bericht über die Session ist das besagte Parteiprogramm abgedruckt.

²⁴ *Archiv Bally Schuhfabriken*, Direktionsprotokolle, 1907 Oktober 25.

abfinden.²⁵ Der Gewerkschaftspräsident Wilhelm Birchmeier musste zuerst einige Zeit im Zeughaus Aarau arbeiten, bevor er in der Schuhfabrik Fretz Arbeit fand.²⁶ Aber die Beziehungen der Bally-Herren reichten über den Kreis der Schuhindustrie hinaus: Als Iwan Bally erfuhr, dass ein ehemaliges Mitglied des Streikkomitees als Vertreter der Genfer Firma Singer & Cie. in Olten tätig war, denunzierte er den Unglücklichen unverzüglich bei der Direktion in Genf als «un socialiste de pur sang» und verlangte ziemlich unverblümt dessen Entlassung.²⁷

Das wirkliche Schicksal der Ausgesperrten lässt sich anhand der spröden Angaben in den Quellen höchstens erahnen. Sicher ist, dass die meisten von ihnen in ernsthafte materielle Schwierigkeiten gerieten, besonders dann, wenn sie eine Familie hatten. Ein eindrückliches Dokument zur Befindlichkeit der Streikentlassenen erschien im Juni 1907 in der Aarauer SP-Zeitung «Der Freie Aargauer» unter dem Titel «Gedanken eines der Rache Ballys zum Opfer gefallenen Arbeiters»:

«Wenn man elf Jahre in einer Fabrik gearbeitet und mitgeholfen hat, den Reichtum und damit das Ansehen des Fabrikanten zu mehren und dann schliesslich einfach aufs Pflaster geworfen, ja sogar in der betreffenden Gegend von Arbeit und Brot ausgesperrt wird, so hat man gewiss Stoff genug zum Denken... Als ich von der letzten Versammlung der Streikenden nach Hause kam und meiner Frau sagte, dass auch ich ein Opfer Ballys geworden sei, rief sie mit flammendem Blick: Wenn's noch eine Gerechtigkeit gibt, dann soll sie Bally zu spüren bekommen...

Und nun die Ausgesperrten: Einige sind bereits nach Amerika verreis, wovon der eine seine Braut, ein anderer Frau und Kind zurück lassen musste. Andere haben trotz Bally Arbeit erhalten, wieder andere suchen bei Freunden und Genossen Hilfe. Auch ich war genötigt, bei meinen Genossen anzuklopfen und habe gesehen, dass diese Arbeiterherzen höher, weit höher schlagen als die Herzen von Grossfabrikanten und Geldmagnaten. Unsäglicher Ekel und Hass gegen die heutige Wirtschaftsordnung werden durch die Erfah-

²⁵ Oltner Nachrichten 1907 April 30.

²⁶ Freundliche Mitteilung des Sohnes, Herrn W. Birchmeier, St. Gallen: Der Vater habe grosse Mühe gehabt, in der Region wieder Arbeit zu finden. Birchmeier wurde dann aber später von der Firma rehabilitiert und an seinem 80. Geburtstag geehrt. Einer seiner Söhne eröffnete dann in Olten ein eigenes Schuhgeschäft.

²⁷ *Archiv Bally Schuhfabriken*, Priv.-Korrespondenz, 1907 Oktober 24. (I. Bally an Dir. Renouf, Compagnie Singer, Genève): «... il ne peut nullement être dans vos intentions de mettre nos relations si agréables au jeu en faveur d'un agitateur qui fait son possible pour nuire à une industrie aussi grande que la nôtre.»

Aufruf

an die

gesamte Arbeiterschaft von Schönenwerd, Aarau, Olten und Umgebung.

Wie bereits bekannt, sind in den Schuhfabriken von C. F. Bally Söhne in Schönenwerd, Aarau und Göszen wegen Maßregelung eines Arbeitervertreters die Zwicker in Ausstand getreten. Dadurch werden auch andere Branchen zur Arbeitseinstellung gezwungen.

Da über die Ursache des Ausstandes schon allerhand unwahre und lächerliche Gerüchte ins Publikum gedrungen, sehen sich die Streikenden veranlaßt auf

Sonntag den 21. April, vormittags 11 Uhr
auf freiem Platze bei der „Sonne“ in Grethenbach
eine

öffentliche Protestversammlung
zu veranstalten, an welcher **Arbeitersekretär Greulich aus Zürich** über die Ursachen des Streiks referieren wird.

Wir ersuchen die gesamte Arbeiterschaft von Schönenwerd, Aarau, Olten und Umgebung, in Massen zu dieser Protestversammlung zu erscheinen, um in friedlicher Tagung zu demonstrieren gegen Ungerechtigkeit und Willkür.

Das Streikkomitee.

Inserat des Streikkomitees
(Der Freie Aargauer
1907 April 20.).

rungen, welche die Streikenden von Schönenwerd gemacht haben, gezeitigt. Ich möchte mit Herwegh in seinem «Lied vom Hasse» in jedes Arbeiterherz hineinrufen:

Wer noch ein Herz besitzt, dem soll's
Im Hasse nur sich rühren;
Allüberall ist dürres Holz,
Um unsere Glut zu schüren.
Die ihr der Freiheit noch verbliebt,
Singt durch die deutschen Strassen:
«Wir haben lang genug geliebt,
Wir wollen endlich hassen.»²⁸

Angesichts solcher Schwierigkeiten bei der Suche nach einer neuen Arbeitsstelle etablierte sich der ehemalige Lederstubenarbeiter *Hermann Gruber*, der bei Bally als einer der «Hauptaufwiegler zum

²⁸ Der Freie Aargauer 1907 Juni 12. Der Verfasser des umfangreichen Artikels zeichnet mit den Initialen G. M., was auf den in der mechanischen Schusterei Schönenwerd beschäftigten Gottfried Maurer hindeuten könnte. Da dieser aber noch 1908 als «Reservearbeiter» erwähnt wird, kommt er wohl als Verfasser nicht in Frage (*Archiv Bally Schuhfabriken*, Lohnstatistik Schönenwerd 1899–1908). Vielleicht stammt der Artikel aus der Feder eines Redaktors des «Freien Aargauer».

Streik» galt, im Hause Restaurant Bösiger in Schönenwerd als *selbständiger Schuhmacher*.²⁹ Einige seiner Kollegen schlossen sich zur Gründung einer *Genossenschaftschusterei* zusammen.

Solche Produktivgenossenschaften entstanden in jener Zeit häufig im Zusammenhang mit Streiks. Sie dienten entweder zur Entlastung der Streikkasse und zur zusätzlichen Schädigung des bestreikten Unternehmens oder, wie im vorliegenden Falle, zur Beschäftigung von gemassregelten Gewerkschaftern. Die theoretische Begründung wurzelt im Gedankengut des französischen und englischen Frühsozialismus. Die Haltung der schweizerischen Arbeiterbewegung gegenüber den Produktivgenossenschaften war kontrovers. Wurden sie von den einen als Ausstieg aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen gepriesen, so warnten andere vor allzu grossen Hoffnungen auf solche Experimente oder lehnten sie gar als gefährlich ab. In den Jahren zwischen 1880 und 1914 wurden in der Schweiz insgesamt 39 solche Versuche unternommen.³⁰

In unserer Region taucht die Idee erstmals 1901 auf, als der kantonale Parteivorstand dem Zentralkomitee des Schweizerischen Grütlivereins die Aufstellung einer Preisfrage für die Gründung von Produktivgenossenschaften vorschlug.³¹ Im Sommer 1905 beschäftigte sich die «Neue Freie Zeitung» mit der Frage. Die Produktivgenossenschaften würden, so heisst es da, von den Arbeitern als Mittel betrachtet, «dem wirtschaftlich stärkeren Unternehmertum das Gegengewicht zu bieten». Gleichzeitig wurde aber auch hier vor allzu grossen Erwartungen gewarnt.³² In ihrem Referat vor dem Grütliverein Lostorf hatte am 19. November 1905 auch die SGB-Sekretärin Margarethe Faas zur Bildung von Konsumvereinen und Produktivgenossenschaften aufgerufen, und es scheint, dass sie dabei nicht auf taube Ohren stiess.³³ Als nach dem erfolglosen Streik in der Motorwagenfabrik «Berna» vier Eisenarbeiter in Olten die Eröffnung einer eigenen Fabrik ankündigten, feierte die SP-Postille diesen Schritt als eine «sozialistische Tat», während das «Oltner Tagblatt» darin die Widerlegung der sozialistischen Klassentheorie erblickte.³⁴ So oder so scheint es die Unternehmung der Oltner Eisenarbeiter über erste Versuche nicht hinausgebracht zu haben.

²⁹ Lokalanzeiger 1907 Juli 4. – *Archiv Bally Schuhfabriken*, Rapportprotokolle Lederstube 1907 April 20.

³⁰ Über Produktionsgenossenschaften in der Schweiz s. A. *Pragier*, Die Produktionsgenossenschaften der schweizerischen Arbeiter, Zürich 1913; P. *Albrecht*, Die Produktionsgenossenschaften in der Schweiz, Basel 1953; H. *Hirter*, Die Streiks in der Schweiz 1880–1914, in: *Arbeiterschaft und Wirtschaft* 2, S. 982f.

³¹ *Archiv der SP des Kantons Solothurn*, Prot. 1901 Dezember 1.

³² Neue Freie Zeitung 1905 Juli 29.

Die sieben streikentlassenen Bally-Arbeiter gaben der Produktivgenossenschaft, deren Gründung sie am 20. Juni 1907 bekanntgaben, den verheissungsvollen Namen «Einigkeit». Sitz des neuen Unternehmens war Gretzenbach. Man empfahl sich dem «geehrten Publikum» zur «gefälligsten Abnahme von Schuhwaren als: Manns, Frauen, Knaben und Töchtern von sehr soliden Materialien, sowie tadelloser guter Ausführung»; auch Sohlerei werde prompt ausgeführt.³⁵ Der Vorstand war weitgehend identisch mit demjenigen des Schuhfabrikarbeiterverbandes, einzig der Name des früheren Präsidenten Wilhelm Birchmeier fehlte. Jeder Genossenschaftler hatte als Einstand einen Beitrag von hundert Franken zu leisten, ein Teil des Startkapitals dürfte aus der Streikkasse gestammt haben. Das restliche Betriebskapital wurde durch Anteilscheine zu fünf Franken beschafft, die auf den Redaktionen der sozialdemokratischen Zeitungen gezeichnet werden konnten und einen Zins von 5 Prozent abwarfen.³⁶ In Inseraten wurde die Arbeiterschaft der ganzen Region aufgerufen, die Unternehmung der ehemaligen Ballyaner zu unterstützen. So scheint ein beträchtliches Kapital zusammengekommen zu sein, und bald schon konnte das stattliche Fabrikationsgebäude im Kirchenfeld, am östlichen Dorfrand von Gretzenbach, bezogen werden.³⁷

Die gedeihliche Entwicklung des Geschäftes hatte allerdings einen obskuren Hintergrund. Um die Materialkosten zu senken, praktizierten die Genossenschaftler gelegentlich etwas sonderbare «Einkaufsmethoden»: Eines der Vorstandsmitglieder der «Einigkeit» hatte sich bei Dunkelheit Einlass in die Lagerräume der Bally-Fabrik in Aarau verschafft, wo sackweise Absätze, Flecke und Käder im Werte von 390 Franken entwendet wurden. Der Genossenschafts-Sekretär nahm die Beute in Gretzenbach in Empfang und gab sie zur Verarbeitung an seine Kollegen weiter. Aus unbekanntem Gründen entschloss sich einer der Genossenschaftler, die Geschäftsleitung der Bally in einem anonymen Brief über dieses Treiben zu orientieren, worauf die Affäre nach langwierigen Nachforschungen aufgeklärt wurde. Den Gerichtsakten zufolge war der grösste Teil des Vorstandes mehr oder weniger über die Herkunft der Lederstücke im Bilde und hatte sich folglich der Hehlerei schuldig gemacht. So wurden der Präsident, der

³³ S. Kap. 2.3.

³⁴ Neue Freie Zeitung 1906 August 21./28.; Oltner Tagblatt 1906 August 23./30.; Fortschritt 1906 September 1.; *P. Heim*, Anfänge, S. 171.

³⁵ Lokalanzeiger 1907 Juni 20.

³⁶ Inserate der «Einigkeit» erschienen vom 27. August bis zum 3. Oktober 1907 in der «Neuen Freien Zeitung» und im «Freien Aargauer».

³⁷ Der Grütliverein Lostorf zum Beispiel zeichnete gleich sechs Anteilscheine (Prot. 1907 Sept. 7.).

Sekretär und ein Beisitzer zu je acht Tagen Gefängnis unbedingt und zur Übernahme der Verfahrenskosten verurteilt, andere Genossenschafter wurden freigesprochen.³⁸

Da die Einvernahmeprotokolle des Untersuchungsrichters nicht erhalten sind und die Angehörigen der Verurteilten aus begreiflichen Gründen nicht mehr über die Angelegenheit sprechen möchten oder keine Angaben machen können, bleiben die genaueren Hintergründe der Tat und die Motive der Beteiligten im dunkeln. Von besonderem Interesse wäre dabei die Frage gewesen, wie die Beteiligten ihr strafbares Verhalten begründeten und allenfalls rechtfertigten, ob dabei bloss Rachegefühle oder auch anarchistisches Gedankengut mit im Spiele waren, wie etwa bei den Sabot-Aktionen in der Maschinenfabrik von Louis Giroud im Januar 1908.³⁹ Aus den Gerichtsakten geht einzig hervor, dass die Idee, sich in den Lagerhallen der Bally zu bedienen, von einem aus der Provinz Bergamo, Italien, stammenden Genossenschafter ausgegangen sei.⁴⁰

Diese Diebstahllaffäre besiegelte das Ende der Genossenschafts-Schusterei «Einigkeit». Ihr Vermögen wurde liquidiert, und es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass das Fabrikationsgebäude im Gretzenbacher Kirchenfeld schliesslich in den Besitz der Bally überging.⁴¹ Ob sie nun vom Gericht verurteilt wurden oder nicht – für die Genossenschafter und ihre Familien bedeutete das unrühmliche Ende der «Einigkeit» eine Katastrophe, deren Ausmass sich bloss erahnen lässt. Genaueres ist kaum mehr zu erfahren. Am schlimmsten scheint es dem einzigen Ausländer unter den Vorstandsmitgliedern ergangen zu sein. Da er die Diebstähle in Aarau selbst ausgeführt hatte, verurteilte ihn das aargauische Kriminalgericht zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr. Die Armenpflege seines Wohnortes, welche für die Frau (eine Schweizerin) und ihre sechs Kinder aufkommen musste, versuchte diese vergebens nach Italien abzuschieben und erwirkte dann eine vorzeitige bedingte Entlassung aus der Haft, «damit die Familie ihren Ernährer wieder habe». Damit blieb dem Unglücklichen allerdings noch die Einstellung in den Ehren und Rechten für zwei Jahre,

³⁸ StASO, Amtsgerichtsprotokolle 1907, S. 900ff.; StA Aargau, Akten Kriminalgericht Nr. 2544, 21. Oktober 1907; *Archiv Bally Schuhfabriken*, Priv.-Korr. 1907, «Einigkeit».

³⁹ *Archiv SMUV*, Bern, Akten Olten 1908 Januar 28.; *P. Heim*, Anfänge, S. 173. – Nach Abschluss des Prozesses erhob das «Oltner Tagblatt» erneute Anschuldigungen an die Adresse von August Kamber, welche dieser entschieden zurückwies. Er habe mit der «Einigkeit» nichts zu tun, keiner der Genossenschafter sei Parteimitglied (*Neue Freie Zeitung* 1908 Jan. 28.). – Das «Aargauer Tagblatt» schätzte in einem Artikel vom 26. Februar 1906 die Gefahr einer Ausbreitung anarchistischer Strömungen in der deutschen Schweiz gering ein.



Fabrikationsgebäude der ehemaligen Genossenschafts-Schusterei «Einigkeit» in Gretzenbach (Foto des Verfassers).

die Verfahrenskosten von 100 und eine Entschädigung an die Firma Bally von 375 Franken.⁴² Zwei weitere Mitglieder des Vorstandes erscheinen ein letztes Mal in den Akten anlässlich ehelicher Gütertrennungen, was nichts Gutes verheisst.⁴³ Der Sekretär der Genossenschaft etablierte sich nach Verbüßung seiner Gefängnisstrafe als selbständiger Schuster im aargauischen Bottenwil,⁴⁴ der Präsident wanderte mit seiner Frau und den zehn Kindern nach Brasilien aus, von wo er aber bald wieder zurückkehrte. Er fand dann nach langem Suchen eine Stelle bei einer Heizungsfirma in der Region.⁴⁵ Sein heute über neunzigjähriger Sohn weigerte sich, mich zu einem Gespräch zu empfangen. Was seine Familie während all der Jahre habe durchmachen müssen, sei so schlimm gewesen, dass er mit niemandem mehr darüber zu sprechen wünsche...

⁴⁰ StA Aargau, Prot. des Regierungsrates, Nr. 1525, 28. August 1908.

⁴¹ Lokalanzeiger 1907 Dezember 19.; *Archiv Gretzenbach*, Prot. Friedensrichteramt 1908 Januar 28. (Arbeitslohnforderung Jos. Wyss, Niedergösgen).

⁴² StA Aargau, Akten Kriminalgericht Nr. 2544, 21. Oktober 1907.

⁴³ *Archiv Gretzenbach*, Prot. Friedensrichteramt 1908 Juni 1.; StASO, Inventare und Teilungen, Gösgen Bd. 93, Nr. 34.

⁴⁴ Die Angehörigen schildern ihn als unverwüßliche Frohnatur. Er soll später eine wichtige Rolle beim Aufbau der sozialdemokratischen Ortspartei gespielt haben.

⁴⁵ Freundliche Mitteilung der Angehörigen.